



Human Rights

Auf der Suche nach einem Logo für die Menschenrechte kamen über 15 000 Vorschläge zusammen. Gewählt wurde die blaue Hand, die an eine Friedenstaube erinnert – www.humanrightsllogo.net.

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
152 · Ausgabe BL/BS · März 2015



Die Menschenrechte: unteilbar – persönlich – universell

DIE BEDEUTUNG DER MENSCHENRECHTE IN UNSEREM RECHTSSYSTEM STEHT IM FOKUS DER POLITISCHEN DEBATTE. GRUND GENUG, SICH FUNDIERT DAMIT AUSEINANDERZUSETZEN. DIES NICHT NUR AN DIESER STELLE, SONDERN AUCH IM RAHMEN EINER VERANSTALTUNG VON SP BS UND SP BL (SIEHE KASTEN).

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Europa in Trümmern. Die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten hatte zur Unterdrückung und Vernichtung von Millionen von Menschen geführt. Bereits während des Krieges war deshalb die Einsicht gewachsen, dass der Schutz des Individuums vor staatlicher Willkür und Gewalt und damit die Garantie der Menschenrechte zu einem Eckpfeiler der Nachkriegsordnung werden müssten.

1949 gründeten zehn westeuropäische Länder den Europarat, der schon bald mit der Ausarbeitung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) begann. Diese lehnte sich an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 an. 1953 trat die EMRK in Kraft. Heute ist die EMRK in 47 europäischen Staaten rechtlich verbindlich. Sie schützt damit die Menschenrechte und Grundfreiheiten von über 800 Millionen Menschen. Damit dieser Schutz nicht nur auf dem Papier steht, hat jede Person, die in ihren EMRK-Rechten verletzt worden ist, das Recht, bei einem innerstaatlichen Gericht Beschwerde einzureichen. Weil nationale Gerichte aber manchmal versagen, wurde zusätzlich ein Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte geschaffen.

Die EMRK und die Schweiz

Nur Staaten, die Mitglied des Europarates sind, können die EMRK ratifizieren. Die Schweiz verzichtete nach der Gründung des Europarates auf einen Beitritt. Weil der Eu-

roparat von den westeuropäischen Gründungsmitgliedern als Instrument gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Europa verstanden wurde, befürchtete der Bundesrat, ein Beitritt würde die schweizerische Neutralität schwächen. Zudem zweifelte die Schweiz an der Nützlichkeit des Europarats für die eigenen wirtschafts- und europapolitischen Interessen. Die Europarats-kritische Stimmung in der Schweiz änderte sich erst gegen Ende der 1950er-Jahre. Im Mai 1963 trat die Schweiz schliesslich dem Europarat bei. Damit kam auch die Frage nach einer Ratifikation der EMRK auf.

Der Bundesrat sprach sich jedoch unter anderem aufgrund des fehlenden Stimm- und Wahlrechts der Frauen gegen einen gleichzeitigen Beitritt zur EMRK aus.

Nachdem 1971 das Frauenstimmrecht geschaffen und 1973 die konfessionellen Ausnahmeartikel aus der Bundesverfassung eliminiert waren, stand einer Ratifikation der EMRK nichts mehr im Wege und die Schweiz hinterlegte am 28. November 1974 die Ratifikationsurkunde.

Die Entwicklung des Rechtssystems durch die EMRK

Die EMRK verhalf nicht nur einzelnen Menschen zu ihrem Recht, sondern bewirkte auch positive Veränderungen im schweizerischen Rechtssystem. Zum Beispiel wurden die Verfahrensrechte von Angeklagten im Strafverfahren vielfältig gestärkt, die Rechte von

Patienten wurden verbessert, die Angemessenheit von Ausschaffungen wurde verschiedentlich kritisch hinterfragt und die freie Wahl des Familiennamens wurde durch ein Urteil aus Strassburg initiiert.

Auch die EMRK hat sich im Lauf der Zeit weiterentwickelt. Einerseits stellte sich heraus, dass gewisse unbestrittene Menschenrechte in der EMRK nicht enthalten sind. Sie wurden in einer Reihe von Zusatzprotokollen verankert, deren Ratifikation den Vertragsstaaten freisteht. Die Schweiz hat u. a. die Zusatzprotokolle Nr. 6 (Abschaffung der Todesstrafe in Friedens- und Kriegszeiten) ratifiziert.

Zusammenzug aus der Broschüre «Die EMRK und ihre Bedeutung für die Schweiz», Schweiz. Kompetenzzentrum für Menschenrechte und Zentrum für Menschenrechtsbildung PH Luzern

«Die Menschenrechte: unteilbar – persönlich – universell?»,
Mi, 15. April, 19 Uhr, Grossratsaal Basel
Die SP Basel-Stadt und die SP Baselland laden herzlich ein zur öffentlichen Veranstaltung über die Menschenrechte. In zwei Referaten (Georg Kreis, Historiker, und Maya Hertig, Direktorin des Dep. für öffentl. Recht an der Universität Genf) wird die Europäische Menschenrechtskonvention geschichtlich eingeordnet und ihre Bedeutung für die Schweizer Rechtsordnung aufgezeigt. Es bleibt dabei auch Platz für Fragen und Diskussionen. Anschliessend wird ein Apéro offeriert.

Nach den Wahlen: Es braucht die SP umso mehr!

Gut gekämpft und doch verloren. Dies ist das Fazit der Wahlen vom 8. Februar. Trotz starkem und engagiertem Wahlkampf haben Regula Nebiker und Daniel Münger den Einzug in die Regierung nicht geschafft. Unser Ziel, einen Richtungswechsel in diesem bürgerlichen Kanton zu erreichen, haben wir verfehlt. Die Gründe sind vielfältig und werden daher, durchaus selbstkritisch, von einer Projektgruppe, die von der Geschäftsleitung eingesetzt wurde, analysiert. Dies soll zusammen mit den Sektionen und den Wahlkreisverantwortlichen geschehen.



Pia Fankhauser ist Präsidentin der SP Baselland

Einzel- und Teamwettbewerb

Zu Beginn des Wahlkampfes, bei der ersten Medienkonferenz in Liesetal, erklärten wir uns nach gutem Trainingslager fit und bereit für den Wettkampf, bei dem es sowohl eine Einzeldisziplin (Regierungsrat) wie auch einen Teamwettbewerb (Landrat) gibt. War nun der Trainingszustand doch nicht so gut? Haben wir den Gegner unterschätzt und waren daher strategisch schlecht aufgestellt? Lag es am Schiedsrichter? Wer war überhaupt der Schiedsrichter? Waren dies die Medien, die genüsslich jede Differenz zum Konflikt auswalzten, während der bürgerli-

Die Juso leisteten einen enormen Einsatz.

che Block unangetastet blieb? Oder waren es die Wählenden, die wir zu motivieren versuchten? War es ganz profan das Geld der Wirtschaftskammer, das entschied? Fakt ist: Wir haben den Einzelwettkampf verloren, im Teamwettkampf aber gut abgeschnitten. Neue, junge Kräfte ergänzen das erfahrene Team im Landrat und sind ein Versprechen für ein soziales und ökologisches Baselbiet.

Kreativität und Engagement

Es bleibt festzuhalten: Am Willen und Einsatz lag es sicher nicht. Mit viel Kreativität (wie z.B. dem #2von5-Adventskalender von Julia Baumgartner) war die SP Baselland in den social media präsent. In unzähligen Standaktionen suchten wir den Kontakt mit der Bevölkerung und in Rekordzeit erreichten wir die erforderlichen 1500 Unterschriften für unsere Initiative «Wohnen für alle». Die Juso, gut vertreten auf den Listen, leisteten einen enormen Einsatz und ihnen gelang ein tolles Resultat. Unser Anspruch auf Gleichstellung wurde in der neuen Landratsfraktion mit 10:11 ebenfalls erreicht. An dieser Stelle möchte ich all den Helfern und Helferinnen in den Sektionen und den Juso für ihr Engagement

danken, ebenso allen, die sich zur Verfügung gestellt haben.

Mehr SP – für alle

Es geht um viel: Wir können nicht einfach zusehen, wie der bürgerliche Block die sozialen und bildungspolitischen Errungenschaften zusammenstreicht, eine millionenteure Auto-Mobilitätsstrategie des letzten Jahrtausends fährt und gleichzeitig Innovation predigt. Mit anderen Worten: Gerade weil die SP nicht mehr in der Regierung vertreten ist, braucht es uns umso mehr: im Landrat, in den Sektionen und den Gemeinden – aber auch in den nationalen Gremien. Denn die nationalen Wahlen stehen bevor. Wir sind in Gesprächen mit Parteien, die unsere Ziele teilen. Lassen wir nicht zu, dass die Solidarität den Geschäftsmodellen geopfert wird. Dies gilt im Gesundheitswesen, in der Bildung, in der IV, in der Sozialhilfe und in vielen anderen Bereichen. Wenn andere Parteien mit einer Partei, die die Menschenrechte in Frage stellt und die im Landrat regelmässig gegen alle Einbürgerungen stimmt, aus Machtgründen zusammenarbeiten wollen, ist das ihre Entscheidung.

Wir kämpfen weiter – für alle statt für wenige.



Günstiger Wohnraum gesucht – Unterschriften gesammelt!



Trotz Gegenwind – wir kämpfen weiter!

ABSTIMMUNGSPAROLEN SP BL

KANTONAL

- Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten **JA**
- «Vo Schönebuech bis sauber» **JA**
- Umfahrungsstrasse Allschwil **NEIN**
- Initiative «Strassen teilen» **JA**

NATIONAL

- Familieninitiative **NEIN**
- Energie- statt Mehrwertsteuer **NEIN**

AGENDA SP BL

- Mi, 18. März 2015, 19.15 Uhr: **Sektionskonferenz** NSH, Basel
- Sa, 18. April 2015: **Geschäftsdelegiertenversammlung** Martinshof, Liestal
- Sa, 25. April 2015: **Delegiertenversammlung der SP Schweiz** Bern
- Fr, 1. Mai 2015: **Tag der Arbeit**
- Do, 21. Mai 2015, 19 Uhr: **Kassiertreffen**



Bevölkerung breit abholen

AN DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 10. FEBRUAR 2015 HABEN WIR UNS ENTSCIEDEN: DIE LISTEN FÜR DIE NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN STEHEN FEST.

Anita Fetz verteidigt ihren Sitz als Ständerätin. Sie politisiert kompetent, erfahren und mit viel Power für die SP und für den Kanton Basel-Stadt, insbesondere in Gleichstellungs- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Für den Nationalrat (NR) stellen sich die beiden Bisherigen **Silvia Schenker** und **Beat Jans** wieder zur Verfügung. Silvia Schenker sorgt engagiert dafür, dass die Interessen der Schwächeren unserer Gesellschaft in Bundesbern nicht untergehen. Beat Jans setzt sich für eine sozialverträgliche und durchdachte Energiewende sowie für eine soziale Wirtschaftspolitik ein.

Weiter wurden als Kandidierende **Sarah Wyss**, **Kerstin Wenk** und **Mustafa Atici** nominiert. Sarah Wyss hat bewiesen, dass sie mit ihrer Power konkrete Veränderungen bewirken kann, und steht für die Themen Migration und Europapolitik. Kerstin Wenk ist eine breit abgestützte Politikerin und Gewerkschafterin, welche sich für das kulturelle Basel und eine faire Wohnpolitik engagiert. Mustafa Atici weist langjährige Erfahrungen in der Migrations- und Wirtschaftspolitik auf. Er vertritt die Anliegen der Bevölkerung ohne Schweizer Wurzeln authentisch.

Diese Themenvielfalt – bei jedem/r einzelnen Kandidierenden sind es noch weit mehr Themen als hier genannt – beweist, dass wir

die Basler Bevölkerung breit abholen und unsere Wählerschaft gut repräsentieren können. Das sind ideale Voraussetzungen für einen starken Wahlkampf und wir haben reale Chancen, im NR nicht nur unsere zwei Sitze zu verteidigen, sondern sogar einen dritten Sitz zu holen. Dies können wir erreichen, indem wir präsent sind, klar formulieren, was die SP will, und die Profile der Kandidierenden deutlich machen. Thematisch werden wir uns auf wenige Kernthemen fokussieren und die Kandidierenden in ihren Spezialgebieten stärken. Wir müssen die Leute, die uns wohlgesinnt sind, dazu bewegen, wählen zu gehen, und eine möglichst hohe Wahlbeteiligung anstreben. Deswegen werden wir neben dem üblichen Strassenwahlkampf Telefonaktionen zur Mobilisierung durchführen.

Wir haben das Glück, dieses Jahr auch das 125jährige Bestehen der SP Basel-Stadt zu feiern. Diese Tatsache können wir nutzen und unsere Präsenz und Sichtbarkeit noch verstärken. Auch die Verankerung der SP in Basel und seiner Bevölkerung soll dem Wahlkampf helfen und zu einem guten Ergebnis führen. Wir sind die stärkste und grösste Partei in Basel-Stadt – nutzen und zeigen wir das auch!

Die Wahlkampfleitung, bestehend aus Tim Cuenod, Dominique König, Daniel Göp-

fert, Salome Hofer, Nicole Amacher, Livia Diem und mir, wird alles daran setzen, einen engagierten und offensiven Wahlkampf zu ermöglichen. Unterstützt werden wir dabei von Martin Engel als Berater. Jedoch sind neben den Kandidierenden die wichtigsten Personen in diesem Wahlkampf alle aktiven Mitglieder: JedeR Einzelne von uns kann dazu beitragen, vier Basler SozialdemokratInnen nach Bern zu schicken (3 Nationalräte, 1 Ständerätin), indem wir **auf die Strassen gehen und mit den Leuten reden!**

Michela Seggiani
Präsidentin der Wahlkampfleitung

WAHLKAMPFBOTSCHAFT 2015

Wir haben die Wahl: Wollen wir eine Politik, die einige wenige auf Kosten der grossen Mehrheit und der Umwelt privilegiert? Oder wollen wir eine solidarische, offene und gerechte Politik für alle statt für wenige? Wir sind dann stark, wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und nicht jede und jeder nur für sich selber schaut. Es braucht mehr Miteinander und weniger Gegeneinander. Dafür kämpft die SP zusammen mit Ihnen – im Alltag, in der Familie, in der Arbeitswelt und in der Politik.

ABSTIMMUNGSPAROLEN SP BS

NATIONAL

- Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» **NEIN**
- Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» **NEIN**

KANTONAL

- Volksinitiative «Wohnen für Alle» **JA**
- Grossratsbeschluss betreffend das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (Referendum, Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken) **NEIN**

AGENDA SP BS

- Do, 5. März: **Partei Vorstand**
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr
- Sa, 14. März: **Bildungsreihe: Körper und Stimme im Polit-einsatz**
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 10 – 16 Uhr

- Do, 26. März: **Jahres-Delegiertenversammlung**
Volkshaus, Unionsaal, 19 Uhr
- **SAVE THE DATE!**
Samstag, 27. Juni
Jubiläumfest

Situation der über 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt verbessern

In Basel-Stadt werden jährlich 300 über 50-Jährige von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Viele von ihnen haben grosse Mühe, eine neue Arbeit zu finden. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist in dieser Altersgruppe besonders hoch. Die Schicksale hinter diesen Zahlen: Menschen arbeiten jahrzehntelang fleissig, strengen sich an, zahlen Steuern und aufgrund eines Schicksalsschlags wie einer betrieblichen Umstrukturierung oder einer Krankheit fallen sie aus dem Erwerbsleben heraus.

In einem Workshop im letzten Herbst analysierten Genossinnen und Genossen zusammen mit ExpertInnen und Betroffenen die Situation und entwickelten eine Reihe von Vorstossideen auf kantonaler Ebene. Die GrossrätInnen Pascal Pfister, Salome Hofer, Beatriz Greuter und Ruedi Rechsteiner haben



Pascal Pfister, Grossrat SP BS

Betriebliche Weiterbildung auch für gering Qualifizierte

diese nun eingereicht. Angesprochen sind Sozialbehörden, aber auch die Wirtschaft.

Ein Kernstück des Pakets ist im Sinne der Prävention der Vorstoss zur betrieblichen Weiterbildung auch für gering Qualifizierte. Das tiefe Bildungsniveau, so die Analyse, ist oft der entscheidendere Faktor als das Alter. Gering Qualifizierte sind von betrieblichen, durch Unternehmen finanzierten Weiterbildungen oftmals ausgeschlossen. Die Behörden sollen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern diese Lücke schliessen. Ebenso fordern wir bessere Bedingungen für Personen, die sich selbstständig machen wollen. Der Staat und die staatsnahen Betriebe sollen vorbildliche Arbeitgeber für über 50-Jährige sein.

Je nach Entwicklung der Wirtschaft wird sich die Situation mit der Pensionierung der Babyboomer

entschärfen. Das darf aber keine Ausrede dafür sein, jetzt nicht zu handeln. Obwohl das Problem schon länger erkannt ist, schieben der zuständige Bundesrat und seine Kaderangestellten das Thema auf die lange Bank. Immerhin wird dieses Jahr auf Anregung von SP-Ständerat Paul Rechsteiner eine nationale Konferenz dazu stattfinden.

Windenergie JA – aber nicht auf Kosten der wertvollsten Landschaften!

Der Landrat hat die Weichen gestellt: Im kantonalen Richtplan (KRIP) sind Anpassungen gutgeheissen worden, die das Errichten von sechs Windparks ermöglichen sollen. Hier könnten dereinst Windräder drehen und Strom liefern: Liesberg-Roggenburg, Raum Liestal-Arisdorf-Sissach, Zunzgen-Itingen, Chall-Burg, Reigoldswil-Ziefen, Muttenzer Hard. Ob überhaupt, wo genau, in welchem Umfang und mit welchem Energieunternehmen Anlagen gebaut werden, entscheiden die in Frage kommenden Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Nutzungsplanung autonom.

Die SP-Fraktion hat sich klar und deutlich für die sechs Potenzialgebiete ausgesprochen. Sie will den Atomausstieg. Sie will weg von Öl und Gas. Sie will die Energiewende. Und sie will alternative Energien fördern – auch Windenergie. Uneinigkeit herrschte hingegen bei zwei Aspekten. Sollen weitere 200 ha der wertvollsten Landschaften für



Martin Rüegg, Landrat, SP Gelterkinden

Für Nutzung der Windenergie – aber nicht bedingungslos

die sechs Potenzialgebiete geopfert werden? 2009 erst ist die Fläche der Vorranggebiete Landschaft um 35 Prozent verkleinert worden mit dem Versprechen, sie dafür besser zu schützen. Zudem finden sich in diesen Landschaften auch die ergiebigsten Ackerflächen. Im vergangenen Dezember hat der Landrat auf Antrag der SP-Fraktion beschlossen, die besten Ackerböden besser zu schützen. Ebenfalls kontrovers diskutierte die Fraktion die Frage, ob acht BLN-Gebiete – also Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung – schon jetzt als Vororientierung in den KRIP aufgenommen werden sollten. Sollte sich die Windenergie im Kanton BL in den kommenden Jahren durchsetzen, könnten auch diese Gebiete in einer zweiten Etappe erschlossen werden. Jeweils die Hälfte der Fraktion entschied sich für respektive gegen das entsprechende Anliegen. Beide Anträge, die Vorranggebiete Landschaft und die BLN-Gebiete vorerst

aus dem KRIP herauszulösen, waren im Rat chancenlos.

Das Beispiel zeigt, dass die SP der Realisierung von Windenergieanlagen positiv gegenübersteht. Allerdings nicht bedingungslos. Sie möchte neben der Förderung von alternativen Energien auch anderen Interessen Rechnung tragen: Landschaftsschutz, Landwirtschaft und Tourismus.

IMPRESSUM

SP Basel-Stadt, Rebgasse 1,
Postfach 501, 4005 Basel
Telefon 061 685 90 20
sekretariat@sp-bs.ch
www.sp-bs.ch
SP Baselland, Rheinstrasse 17,
Postfach 86, 4410 Liestal
Telefon 061 921 91 71
info@sp-bl.ch, www.sp-bl.ch